

amnesty international
22. Juni 1993

ai-Index: AMR 29/WU 05/93
Weekly Update NWS 11/69/93

EL SALVADOR: Morde der "Todesschwadronen" gehen weiter

amnesty international hat im Zusammenhang mit der Verhaftung von mehreren Polizisten, die beschuldigt werden, am 20. Mai 1993 das Feuer auf eine Demonstration von kriegsversehrten früheren Kämpfern in San Salvador eröffnet zu haben, einen Brief an den Präsidenten von El Salvador geschrieben. Mindestens ein Demonstrant war bei der Schießerei getötet worden.

amnesty international begrüßte die schnelle Reaktion, diejenigen zu verhaften, denen die Verantwortung zugeschrieben wird, als einen Schritt, das Muster der Straflosigkeit zu beenden, das in El Salvador andauert. amnesty international drückte jedoch Sorge darüber aus, daß solche Reaktionen durch die kürzliche Verlautbarung des Präsidenten unterlaufen werden könnten, daß die Regierung die Aktivitäten von "Todesschwadronen" nicht untersuchen wird. Als "Todesschwadronen" werden im allgemeinen die regierungseigenen verdeckten Mordkommandos und die zivilen bewaffneten Banditen bezeichnet, mit denen sie zusammenarbeiteten.

amnesty international glaubt, daß - weit davon entfernt, nur ein Phänomen der 80er Jahre zu sein - systematische Morde im Stil der "Todesschwadronen" bis zur Unterzeichnung des Friedensabkommens im Januar 1992 anhielten. Auch seitdem gingen Todesdrohungen und ähnliche gezielte Morde, die die Kennzeichen von Morden durch offizielle "Todesschwadronen" tragen, straflos weiter.

amnesty international legte dar, daß die Notwendigkeit einer Sonderuntersuchung der Aktivitäten von "Todesschwadronen" durch den kürzlichen Bericht der Wahrheitskommission unterstrichen wird, der "unbeirrbares Handeln" fordert, "um dieses schändliche Phänomen auszurotten", das noch immer eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt. (Die Wahrheitskommission betonte auch die engen Verbindungen zwischen dem Militär, gedungenen Mördern und Extremisten innerhalb der salvadorianischen Geschäftswelt und einigen wohlhabenden Familien bei den Morden, die "Todesschwadronen" zugeschrieben werden.)

Der Brief machte weiterhin auf Hinweise aufmerksam, daß Morde im Stil der "Todesschwadronen" wieder zunehmen. Sowohl der Beauftragte für die Verteidigung der Menschenrechte (Procurador para la defensa de los Derechos Humanos) als auch die Beobachtermission der Vereinten Nationen in El Salvador (ONUSAL) haben Mordfälle dokumentiert, bei denen politische Motive wahrscheinlich sind. Obwohl es in den meisten Fällen keine Beweise dafür gibt, diese Morde mit militärischen oder staatlichen Gremien in Verbindung zu bringen, legt das Versäumnis der Regierung, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen und die Verantwortlichen zu ermitteln oder strafrechtlich zu verfolgen, mindestens Zustimmung nahe.

Darüberhinaus wurde das Beweismaterial, das in der Vergangenheit zum Vorschein kam und das die Beteiligung von Staatsstrukturen an Taten der "Todesschwadronen" zeigte, nie gründlich untersucht. amnesty international drückte Unzufriedenheit mit den offiziellen Behauptungen aus, daß in der Vergangenheit Untersuchungen der "Todesschwadronen" stattgefunden hätten, da es nie konkrete Beweise für solche Untersuchungen gab.

amnesty international glaubt, daß die Bedrohung durch die "Todesschwadronen" nur dann beseitigt wird, wenn eine Sonderuntersuchung von Mordfällen stattfindet - sowohl bei alten als auch bei neuen Fällen, ob politisch oder nicht -, wenn es Beweise dafür gibt, daß das Opfer für den Anschlag gezielt ausgesucht wurde. Die Untersuchung sollte versuchen, die Verantwortlichkeit für einzelne Fälle, die Strukturen der verantwortlichen Kräfte und deren mögliche Verbindungen mit staatlichen Organisationen festzustellen. Die Ergebnisse der Untersuchung sowie Informationen über alle Schritte, die unternommen werden, um die Verantwortlichen zu identifizieren, strafrechtlich zu verfolgen und um die Strukturen hinter diesen Mordfällen aufzulösen, sollten veröffentlicht werden. Ein Versäumnis, diese Maßnahmen zu ergreifen, führt zu dem Risiko, daß solche Morde begünstigt und ein Klima der Straflosigkeit und der Angst aufrechterhalten wird.

amnesty international drängte darauf, daß vollständige Untersuchungen der vergangenen Menschenrechtsverletzungen durchgeführt werden, um alle Fakten jedes einzelnen Falles zu klären, die Verantwortlichen zu identifizieren und vor Gericht zu stellen. Um dies zu ermöglichen, bekräftigt amnesty international ihre Forderung an den Präsidenten, das vor kurzem verabschiedete Generalamnestiegesetz zur Festigung des Friedens (Ley de Amnistía General para la Consolidación de la Paz) zurückzunehmen. amnesty international versuchte auch Richtlinien aufzustellen, um die Fälle von mehreren tausend Gefangenen zu untersuchen, die während des Bürgerkrieges "verschwunden" sind, und betonte die Wichtigkeit für die Familienangehörigen der "Verschwundenen", zu erfahren, was mit ihren Verwandten geschehen ist.

Schließlich drängte amnesty international den Präsidenten, sich öffentlich dazu zu äußern, wann und wie die Empfehlungen der Wahrheitskommission erfüllt werden. Dazu gehören auch Reformen, die die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz sicherstellen sollen.

amnesty international erkennt die Fortschritte bei der Einhaltung der Menschenrechte seit dem Friedensabkommen an, stellte jedoch fest, daß es zu früh ist zu beurteilen, ob diese Veränderungen anhalten, da schwere Menschenrechtsverletzungen noch nicht ausgerottet sind. Das Fehlen von wirksamen Untersuchungen und das Versäumnis, die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, bleiben ernste Probleme. Die kürzliche Verhaftung der fünf Polizisten ist ein positiver Schritt, wenn die Untersuchung den Vorfall vollständig aufklärt und die Verantwortlichen für rechtswidrige Tötungen vor Gericht gestellt werden. amnesty international forderte den Präsidenten auf zu zeigen, daß die Regierung von El Salvador der Verpflichtung nachkommt, die Straflosigkeit zu beenden und Menschenrechtsverletzungen auszurotten, indem sie die Maßnahmen durchführt, die in dem Brief unterbreitet werden.

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
72001 Tübingen

Verbindlich ist das englische Original: "EL SALVADOR: 'Death Squad' Killings Continue", Weekly Update NWS 11/69/93, 22 June 1993